

# Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands  
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Stetbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 41      Erscheint jeden Sonntag.      Gotha, 13. Oktober 1918      3 Hefate kosten 50 Pfg. die einseitige Textzeile.      32. Jahrg.  
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr.      (Telephon: Nr. 174.)      Bei Wiederholungen Rabatt.      Stellen-      vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Neubelastung des Portos in unserem Verband. — Die Neubelastung des Portos in unserem Verband. — Der Handel mit Wertpapieren. — Das Ergebnis der internationalen Arbeiterkonferenz. — Neue Ermittlungen über die Wirtschaftslage. — Soziales. — Gewerkschaftliche Arbeit. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Preisliste. — Literarisches.

## Die Neubelastung des Portos in unserem Verband.

Nicht nur den Privatverkehr und der Handelswelt, sondern auch den Gewerkschaften und den Arbeitern trifft die neue Portobelastung ganz bedeutend.

Als die im Jahre 1916 im Reichstag beschlossene Portohöherung — die mit dem 1. August 1916 in Kraft trat, beraten wurde, versprach man, daß diese Erhöhung einige Zeit nach dem Kriege — wohl zwei Jahre — außer Kraft gesetzt werden sollte. Das Gegenteil ist eingetreten. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 sind die Portogebühren wiederum bedeutend erhöht. Auch für unseren Verband — Haupt- und Lokalstellen — machen diese Erhöhungen ein wesentliches an Ausgaben. Ziehen wir einmal unsere zweijährigen Berichtsperioden zu einem Vergleich heran. In der Berichtsperiode 1914/15 hatte die Hauptkasse an Postausgängen 32 880 mit dem Betrag von 3606,71 M. In der Berichtsperiode 1916/17 betrug die Ausgabe 24 372 mit dem Betrag von 3141,64, also wesentlich niedriger. In den Jahren 1914/15 beträgt aber die Eingelsendung nur 10,90 Pfg., wo hingegen 1916/17 die Eingelsendung sich auf 12,85 Pfg., oder um 1,92 Pf. mehr steigert. Obwohl die Ausgaben und der Betrag niedriger sind, ist die Eingelsendung im Betrage erhöht.

Die Portohöherung ab 1. August 1916 dürfte zweifelsohne die Ursache dieser Erhöhung sein. Der Post- und Telegraphenverkehr sind hierbei außer Berechnung.

Die Portohöherung vom 1. August 1916 belastete uns in Briefen, Karten, Paketen, Telegrammen usw.; Geschäftsbriefe und Drucksachen blieben hierbei außer Erhöhung. Mit dem 1. Oktober 1918 treten neben weiteren Erhöhungen von Karten, Postanweisungen, Paketen, Telegrammen usw. auch Portohöherungen von Drucksachen und Geschäftsbriefen ein. Von 24 273 Postausgängen 1916/17 hatten wir 19 491 oder glatt 75 Prozent an Drucksachen und Geschäftsbriefen. Richtig sind die Drucksachen bis zur Gewichtsgrenze von 100 Gramm um 2 1/2 Pfg., darüberhin ausgehend um 5 Pfg. erhöht. Die Geschäftsbriefe erfahren eine durchschnittliche Erhöhung um 5 Pfg.

Rechnen wir 1/4 von den 19 491 Drucksachen und Geschäftsbriefen mit der Erhöhung von 2 1/2 und 1/2 mit 5 Pfg., so würden allein diese Sendungen eine Barerhöhung von 852,72 M. erfahren. Hierzu kommen weiter 2/3 mal 1787 für Karten mit dem Betrag von 43,42 M. Postanweisungen, Pakete, Telegramme, Ortsbriefe usw., die hier nicht genau berechnet werden können, hinzugerechnet, dürften für die Zeit 1916/17 nach den heutigen Portofüssen berechnet, die Summe von über 1000 M. ergeben. Die Portohöherung vom August 1916 in Betracht gezogen erhöht die Ausgaben für Porto gegenüber der Friedenszeit um ein gewaltiges. Im 1. Quartal 1917 hatten wir den größten Tiefstand des Verbandes während des Krieges, und somit ja auch während der Berichtsperiode die niedrigsten Postausgänge.

Mit der Aufwärtsentwicklung der Organisation, die nach dem Kriege doch wieder zur alten Höhe gelangen soll und muß, steigern sich die Postausgänge, und somit auch der erhöhte Betrag für die Portohöherungen.

Was hier für die Hauptkassen im einzelnen kurz berechnet ist, trifft für die Lokalkassen mit ihren 20 254 Eingängen bei dem Hauptbureau und ihren sonstigen schriftlichen Verkehr gleichfalls zu.

An dem Bestehenden, vom Reichstag beschlossenen können wir nun leider nichts ändern; dennoch wollen wir sehen, ob nicht doch hier und da einiges eingespart werden könnte.

Im Hauptbureau wird die Post — außer Unterstützungs- und sonstigen wichtigen Sachen — der Reihe nach dem Eingangsdatum erledigt. Ein zum Umtausch eingelangtes Mitgliedsbuch kostet in Zukunft unter Geschäftsbriefen 15 Pfg., 6 Bücher (bis 20 Gramm) kosten den gleichen Betrag.

Für die Zahlstellen wie für die Hauptverwaltung trifft dieses zu. Die kleinen Zahlstellen werden nun nicht immer warten können bis sie das Porto voll ausreichen, auch bei mittleren Zahlstellen wird die Ausnützung nicht immer möglich sein. Ein regelmäßiges wöchentliches Expedieren, bei großen und mittleren Zahlstellen würde aber die bessere Ausnützung der Post ermöglichen. Wichtige Sachen schließe ich dabei aus; auch kann die Zahlstelle, wenn die Portogrenze erreicht ist, die Sendung abgeben; nur sollte es vermieden werden, das in einer Woche mehrere Sendungen zum Rindergewicht abgehandelt werden.

Genau wie die Zahlstelle muß dann das Hauptbureau in den meisten Fällen — vor für gewöhnlich wird schon darauf gesehen, falls inzwischen einige Sendungen von einem und demselben Ort eingehen, daß diese zusammengelegt werden — die Sendung zum Rindergewicht abgeben.

Ein Teil der Ortsverwaltungen hat auch bereits bisher versucht, mit dem Porto nach dieser Richtung zu sparen. Leider sind nicht immer die richtigen Grundsätze innegehalten worden. Zum Beispiel: Abrechnungen, statistische Karten und Fragebogen werden alle Quartale vom Hauptbureau zusammen versandt. Die Zahlstellen — wenigstens einige — senden nun das selbe zusammen zurück. Soweit ganz gut. Vergessen werden nur dabei die verschiedenen Daten, an welchen alles zurück sein muß. Die statistische Karte muß spätestens am vierten Tage nach Quartalschluß abgehandelt werden, der Fragebogen hat gewöhnlich bis zum 15. Zeit, und die Abrechnung soll spätestens auch bis zum 15. eingelaufen sein. In diesem Falle kommt die statistische Karte nie zur rechten Zeit im Hauptbureau an. Bei dieser Handhabung sollten die Zahlstellen die Abrechnungen bis zum 4. fertig haben, der Fragebogen wird nach der Abrechnung ausgefüllt, und alle drei Sachen könnten zusammen, und zur rechten Zeit eingelaufen werden. Im Hauptbureau würden dadurch erhebliche Ausgaben für Mahnpotte, Papier, Kuverts und Arbeit erspart.

Das Mahnen der monatlichen statistischen Karten haben wir wegen Portosparnis während des Krieges eingestellt. Später wird dieses auch wieder notwendig werden. Vierteljährlich müssen wir aber regelmäßig circa 60 bis 70 Orte — wollen wir die Karten rechtzeitig bearbeiten — mahnen. Da nun Karten und Fragebögen — weil letztere länger Zeit haben — nicht gleichzeitig gemahnt werden können, die Anzahl aber dieselbe ist, müssen in Zukunft ca. 120 mal 5 Pfg. für Mahnungen ausgegeben werden. Häufig müssen auch noch eine Anzahl Orte wegen der Abrechnung gemahnt werden. Diese Mahnungen belaufen sich in zwei Jahren, 1916/17 zugrunde gelegt, auf mindestens 60 M. Bureaubedarfsmittel, Papier und Kuverts sind erheblich im Preise gestiegen und erhöhen die unnützen Ausgaben gleichfalls; viele, wenn auch nicht alle diese Ausgaben könnten erspart bleiben. In Betracht ist weiter zu ziehen, daß die Mahnungen wenig wechseln,

sondern daß es fast immer dieselben Zahlstellen sind, die gemahnt werden müssen.

Der Verband für die Statistik am Reichsarbeitsblatt verursacht im Laufe des Jahres immerhin Portoausgaben. Die Statistik ist aber schließlich notwendig. Richtig wäre es, wenn die Post wenigstens hierfür Portoverminderung eintreten ließe. Leider sollen wiederholte Verhandlungen ein negatives Resultat gegiebt haben.

Alles in allem genommen muß auch bei uns trotz allen Erhöhungen für Bureaubedarf usw. diese erhöhte Portogebühr getragen werden, da wir das Institut „Post“ benötigen. Ziehen wir aber alle Vorteile in Betracht, so müßte sich meiner Meinung nach doch noch manches für unsere Kassen einsparen lassen.

B. Grunow.

## Vom Handel mit Wertpapieren.

In unserem Aufsatz „Aktionäre“ in der Nummer 39 des Schuhm.-Fachblattes erläuterten wir schon kurz den Charakter der Aktien als Ware. Sie werden gekauft und verkauft wie Schmierseife, Käse, Baumwolle usw. Wie der Preis der Lebensmittel und Gebrauchsgüter, so schwankt auch der Preis der Aktien je nach Angebot und Nachfrage. Den Preis der Aktie nennt man Kurs.

Zwischen dem Preise der erzeugten Waren für den allgemeinen Markt und dem Kurse der Aktien besteht ein gewisser Zusammenhang. Das ergibt sich aus der gemeinsamen kapitalistischen Grundlage.

Der Fabrikant erzeugt keine Waren (richtiger: läßt sie erzeugen), um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um einen Gewinn herauszuschlagen. Wer die Waren, seien es Lebensmittel oder Gebrauchsgüter, erwerben will, muß dem Besitzer mehr dafür zahlen, als sie diesem selbst gekostet haben. Was der Besitzer über die Selbstkosten hinaus mehr verlangt, das ist sein Gewinn, Profit, arbeitsloses, kapitalistisches Einkommen.

Der Besitzer, Fabrikant oder Kaufmann, kann jedoch den Preis und somit seinen Profit nicht ganz willkürlich bestimmen. Die Preisgestaltung ist abhängig von der Lage am Warenmarkt. Werden mehr Waren angeboten als verlangt, überwiegt das Angebot die Nachfrage, dann sinkt der Preis. Die Warenbesitzer treten untereinander in Konkurrenz. Wer am billigsten anbietet, hat die größte Aussicht, seine Waren los zu werden, seinen Absatzmarkt zu vergrößern. Solche Konkurrenzstämpfe erfordern zuweilen mehr oder minder große Zubehören. Wer sie nicht leisten kann, geht wirtschaftlich zugrunde, macht bankrott. Die Konkurrenz reißt die Kundenschaft des Bankrotteurs an sich.

Steigen später die Verkaufspreise wieder, dann sichert dem siegreichen Konkurrenten der erweiterte Kundentritt auch einen entsprechend größeren Gewinn.

Die Preise am Warenmarkt steigen, wenn die Nachfrage stärker ist, als durch das Angebot befriedigt werden kann. Je größer der Abstand zwischen der vorhandenen Menge von Waren und der Größe des Hungers nach diesen Waren, um so erheblicher steigt der Preis! Er bleibt fortgesetzt im Wachsen, wenn das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Warenmarkt andauernd größer wird, wenn jener Teil der Bedürfnisse, der befriedigt werden kann, fortgesetzt kleiner wird. Diese Tatsache erleben wir nun in steigend fühlbarer Weise. Weil Deutschland vom Weltmarkt abgeschnitten ist, die inländische Erzeugung immer weniger das Bedürfnis befriedigen kann, schnellen die Preise ununterbrochen weiter hinauf. Das gilt sowohl im Hinblick auf Lebensmittel, wie auch auf Gebrauchsgüter, z. B. Kleidung, Möbel, Bücher usw. So ist es denn gekommen, daß nun die Preise wichtiger

Nahrungstoffe und Gebrauchsgüter um das Vielfache über die im Frieden üblichen Preise hinaufgetrieben sind. Und man kann auch sagen, daß die Preise mancher Waren, bei noch längerer Dauer des Krieges, noch weiter stark in die Höhe gehen werden.

Nun sind natürlich auch die Selbstkosten der Unternehmer gestiegen. Sie müssen höhere Löhne zahlen, Rohstoffe, die sie verarbeiten, sind teurer geworden, Steuern und Abgaben sind gewachsen. Aber die Steigerung der Selbstkosten hat meistens mit der Steigerung der Warenpreise nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spannung zwischen Selbstkosten und Erlöse der Unternehmer wurden größer. Sie haben ihren Profit gesteigert.

Die Steigerung des Unternehmerrückgewinns wird sichtbar in dem ziemlich allgemein üblich gewordenen Herauslegen der Dividenden, der Grundrente, der Pachten und Werten, des Zinsfußes für Leihgeld und Hypotheken. Der kurz geschilderte Vorgang ergibt, daß die Aktionäre — ohne ihr Zutun — größere Erträge als arbeitsloses Einkommen erzielen. Ihre Aktien haben nun einen größeren Wert. Denn, wenn z. B. eine Aktie 20 Prozent Dividende einbringt, dann wird es kaum einem Besitzer einfallen, das Papier zum Nennwert — 1000 Mk. — zu verkaufen, der Erwerber bestimme ja auf 1000 Mk. Anlage pro Jahr 200 Mk. Zinsen (Dividende). Auf Staatspapiere würden die 1000 Mk. vielleicht 40 bis 50 Mk. einbringen. Daher steigt der Preis für die Aktie so hoch, daß die Dividende höchstens etwas mehr ausmacht als die Verzinsung von Staatspapieren und ähnlichen Anlagewerten. Rechnet man auf 20 Prozent Dividende, dann kann für die Aktie im Nennwert von 1000 Mk. ein Preis von 3000 Mk. gezahlt werden. Der Käufer einer solchen Aktie bestimme sein Geld immer noch mit 6 1/2 Prozent verzinst. Hat der Verkäufer die Aktie zum Nennwert (1000 Mk.) erworben, dann stellt er bei dem Verkauf einen Kursgewinn von 2000 Mk. — auf 1000 Mark — in die Tasche. Dieser Gewinn erscheint nicht in den Abhängigen der Gesellschaften.

Nun sind die Abschlüsse der Unternehmen nicht immer gleich. Die Gewinne unterliegen auch der Konjunktur. Vor der Festsetzung der Dividende weiß man nicht genau, welcher Preis für die Aktie angemessen ist. Hier setzt nun die Spekulation ein. Aus der allgemeinen Lage, dem Beschäftigungsgrad eines bestimmten Unternehmens, aus dem Stande der Preise der erzeugten Waren, aus der ganzen bisherigen Dividendenpolitik der Gesellschaft und aus ihrer finanziellen Grundlage sucht man einen mutmaßlichen Dividendenfuß für das laufende Jahr zu berechnen. Informationen aus der Wertsteigerung und von ihr nachstehenden Besuchen über die wahrscheinliche Höhe des Uberschusses spielen naturgemäß ebenfalls eine Rolle bei der Bewertung der Aktie. Nach dieser Bewertung richtet sich dann ihr Preis (Kurs).

Es kommt schließlich vor, daß jemand, an der später bekannt gewordenen Dividende bemessen, Aktien zu billig verkauft oder zu teuer kauft. Aber bei der Art, wie sich der ganze Handel, die Spekulation mit Körperspapieren entwickelt hat, entsprechen im allgemeinen die letzten Kurse so ziemlich der Höhe der zur Auszahlung gelangenden Dividende.

Bei der Größe der Summen, die hier angelegt werden, macht allerdings schon der Bruchteil eines Prozentes oft sehr erhebliche Summen aus. Angenommen, jemand hat 1 Mill. Mk. in Staatspapieren angelegt, die ihm 4 Prozent Zinsen bringen. Er kauft nun für die 1 Mill. Mk. Industriepapiere, sagen wir zum Kurse von 200 Prozent. Er bestimme dann für 1 Mill. Mark Aktien im gleichen Kurswert, deren Nennwert jedoch nur 500 000 Mk. beträgt. Das betreffende Unternehmen zahlt nun 9 Prozent Dividende. Der neue Aktionär bekommt auf seine 100 000 Mk. Aktien 45 000 Mark Dividende, 5000 Mk. mehr, als ihm die bisherigen Staatspapiere erbracht haben würden.

Vielfach werden Aktien jedoch gar nicht zu dem Zwecke gekauft, um die Dividenden zu bekommen. Man will die Aktie wieder verkaufen. Natürlich zu einem erhöhten Preise (Kurs), um auf diese Weise ein Geschäft zu machen. Es würde nicht gemacht, wenn der Kurs des erworbenen Papierses nachher wieder sank. Das sieht man zu verhindern. Es werden günstige Nachrichten über das in Frage kommende Unternehmen in die Welt gesetzt; man hoffert von hohen Produktionsziffern und Gewinnen, von großen Aufträgen, neuen Entdeckungen usw. und lanciert solche Nachrichten in die Presse. Werden damit Käufer herangeführt, steigt sich die Nachfrage für das Papier, dann geht ihr Preis in die Höhe.

Wer Papiere besitzt und sie verkaufen will, hat ein Interesse an derartigen Nachrichten und Stimmungsmachereien. Erdenklich ist bei denen, die Papiere kaufen wollen. Sie machen sie zu einem niedrigeren Preise erwerben. Daran haben sie ein Interesse da-

ran, daß der Kurs des betreffenden Papierses zunächst „gedrückt“ wird. Ihrem Vorteil dienen solche Nachrichten über das betreffende Unternehmen. Haben derartige Nachrichten den Kurs heruntergedrückt, dann greift man zu, kauft.

Um den Kurs zu drücken, werden oft von Großaktionären größere Posten von Aktien an den Markt gebracht. Das starke Angebot senkt den Preis. Andererseits werden auch oft von Interessenten große Mengen von angebotenen Aktien schnell angekauft und aus dem Markt genommen, um ein stärkeres Sinken der Preise (Kurse) zu verhindern.

So geht das Spiel hinter den Kulissen hin und her. Daran beteiligen sich nicht nur Privatpekulanten, sondern auch Banken. Deren Einfluß auf die Industrie, auf die Dividendenpolitik der Unternehmen ist viel größer, als nach außen in die Erscheinung tritt. Man kann wohl sagen, daß heute im allgemeinen die Aktienkurse von 1. Banken gemacht werden. Der große Haufe der Berufspekulanten folgt nach den Wünschen der Banken und Großaktionäre. Beider Interesse ist auf die Erlangung von Kriegsgewinnen eingestellt.

Kursgewinne lassen sich erzielen, wenn man den Kurs der Aktien, die man in Besitz hat, in die Höhe treibt. Einige Methoden, die das bezwecken, haben wir schon angedeutet. Es gibt noch eine Reihe anderer. Bekannte Aktionäre oder Bankvertreter z. B. lassen die Aktien eines bestimmten Unternehmens antauschen, so viel nur angeboten werden. Die Nichtwissenden denken nun: das Papier ist gut, es wird weiter steigen und hohe Dividenden bringen! Man kauft das Papier, begehrt es.

Die stärker werdende Nachfrage treibt dann den Preis des Papiers hinauf. Hat es eine gewisse Höhe erreicht, dann stoßen die Macher ihren Besitz möglichst ungewisslich ab, zu hohen Kursen. Hat man verkauft, dann kehrt die Gegenbewegung ein. Der Kurs soll wieder heruntergebracht werden. Ganz mechanisch wirkt schon nach dieser Richtung das Abstoßen großer Posten von Aktien. Der Markt wird gesättigt. Ist's soweit, dann tauchen ungünstige Nachrichten über das Unternehmen auf, niedrige Dividendenabschätzungen als bisher angegeben wurden, kommen heraus. Nun sinkt der Kurs wieder. Hat er eine genügende Tiefe erreicht, dann nehmen die Spekulanten die Papiere wieder an sich, viel billiger, als sie sie verkauft hatten. Sie machen Kursgewinne.

Dieser Handel ist in seiner Technik und in seinen Interessen so eingelegt, daß wir uns darauf beschränken mußten, einige der Hauptzüge herauszustellen. Wie lobnend das Geschäft sein kann, dafür nur noch ein Beispiel. Angenommen, der Kapitalist A bekommt Wind davon, daß über das Unternehmen X in den nächsten Tagen günstige Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangen sollen, die voraussichtlich den Kurs steigern. Er kauft sofort für 100 000 Mk. von den Aktien, sagen wir: zum Kurse von 200 Prozent. Nach drei Tagen werden tatsächlich kurssteigende Tatsachen über das Unternehmen bekannt. Der Kurs springt in den nächsten 4 Tagen um 20 Prozent, auf 220 Prozent in die Höhe. A verkauft nun seine 50 Aktien wieder, die er für 100 000 Mk. erworben hatte. Er bekommt jedoch nicht nur sein hineingestecktes Geld zurück, sondern 110 000 Mark. In einer Woche hat A glatt 10 000 Mk. verdient. Wer in ein solches Geschäft 1 Mill. Mk. hineingesteckt, könnte für eine Woche einen Gewinn von 100 000 Mk. buchen.

Das lohnt besser als arbeiten. Man könnte nun meinen, alle diese Geschäfte seien für den Arbeiter belanglos, es sei das lediglich ein Kaufen unter den Kapitalisten um die größten Geldbroden. Das ist nur sehr bedingt richtig. In Wirklichkeit kommen hier Arbeiterinteressen in sehr erheblichem Maße in Betracht. Darüber werden wir uns noch in einem besonderen Aufsatz auslassen.

## Das Ergebnis der interalliierten Arbeiterkonferenz.

Die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Internationale haben in diesen Tagen zwei Ablagen erhalten. Die eine war die Ministerialisierung der deutschen abhängigen Sozialdemokratie, die andere wurde gegeben durch die Beschlüsse der interalliierten Arbeiterkonferenz. Die Beschlüsse dieser Konferenz atmen den Geist jenes Kriegsgewinnens, der die Arbeiterführer in allen kriegsführenden Ländern besaßen und sie an die Seite der imperialistischen Regierungen getrieben hat. Diese Beschlüsse stehen in auffälligem Gegensatz zu der Haltung, die die französischen und englischen Sozialisten in der letzten Zeit eingenommen haben.

Diese Konferenz war aber auch keine Zusammenkunft von Sozialisten, sondern eine Konferenz von Gewerkschaftlern, an der auch Sozialisten teilnahmen.

Sie wird charakterisiert dadurch, daß die sozialistischen Elemente, deren internationalistische Bestimmung schärfsten ausgeprägt ist, nicht daran teilgenommen haben. Die amerikanischen Sozialisten sind nicht zur Konferenz eingeladen worden, und die italienischen Sozialisten haben die Teilnahme an dieser Konferenz abgelehnt, weil sie Verhandlungen mit ausgesprochenen Sozialimperialisten für zwecklos hielten. Ueber den Delegationsmodus und die Art der Abstimmung der Konferenz ist nichts bekannt geworden. Nur fest steht, daß die sozialimperialistischen Elemente der sozialistischen vollkommene Erbrüdt haben. Auf diese Weise sind die Beschlüsse dieser Konferenz zustande gekommen. Sie haben zunächst ihrer Ungeschiedenheit der Stellung der deutschen Regierungsozialisten der Friedensfrage Ausdruck verliehen. Dann hat die Konferenz in bezug auf das österreichische Verhandlungsangebot einen Beschluß gefaßt, der die ablehnende Haltung der Ententeeregierungen billigt und von ihnen verlangt, daß sie diese Ablehnung nicht unbegründet lassen, und schließlich hat sie mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die im Grunde genommen auf eine Billigung der Intervention der Ententeeregierungen in Rußland hinausläuft. Aus diesen Beschlüssen atmet der Geist des Sozialimperialismus Compers ha: auf dieser Konferenz das große Wort geführt. Der Agent Wilsons, dessen Aufgabe es ist, die amerikanische Arbeiterchaft den Zwecken der imperialistischen Politik der jetzigen Ententeeregierungen dienlich zu machen, hat die Richtung der Beschlüsse dieser Kongresses bestimmt.

Es wäre jedoch falsch, aus dem Ergebnis dieses Kongresses auf die Stimmung der gesamten Arbeiterchaft in den Ententeeländern zu schließen. Noch wichtiger wäre es, die Haltung der Sozialisten der Ententeeländer nach diesem Kongress zu beurteilen. Die Konferenz hatte nicht das Recht, für die gesamte Arbeiterchaft in den alliierten Ländern zu sprechen. Eben so wenig wie Compers das Recht hat, im Namen der gesamten amerikanischen Arbeiterchaft zu reden. Gerade der Ausschluß der amerikanischen Sozialisten von dieser Konferenz beweist, daß auch in Amerika eine starke Strömung unter der Arbeiterchaft besteht, die sich nicht den Zwecken der Regierungen dienlich machen läßt, sondern festhält an den alten sozialdemokratischen Grundzügen. Es ist deshalb nur Demagogie, wenn die deutschen Regierungsozialisten den Ausgang dieser Konferenz benutzen, um ihre eigene Haltung zu beschönigen. Sie setzen geflüstert über die starken Strömungen für den Wiederaufbau der Internationalen und für den wahren Verständigungsfrieden hinweg, die sich jetzt in den Ententeeländern geltend machen und zeigen nur die Kriegstreiberei der Compers und Genossen in bengalischer Beleuchtung, um dadurch zu „beweisen“, daß die deutschen Regierungsozialisten gezwungen seien, den deutschen Verteidigungsrieg zu unterstützen, und daß nicht an ihnen, sondern an den Arbeitern der Ententeeländer die Schuld an der Fortsetzung des Krieges liege. Das sagen dieselben Leute, die der Internationale wie dem Frieden neue schwere Hindernisse in den Weg rufen durch die Ministerialisierung der deutschen abhängigen Sozialdemokratie.

In Wahrheit wird die Abgabe der interalliierten Arbeiterkonferenz an die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Internationale in wahrhaft sozialistischer Weise vielmehr dazu beitragen, die Wege zur neuen Internationale zu ebnen. Die Beschlüsse dieser Konferenz begegnen bei der Arbeiterchaft wie bei den Sozialisten in Frankreich und England unwilligem Widerstand. Compers hat bei seinen Versuchen, für seine Gebanden unter der englischen Arbeiterchaft Propaganda zu machen, viele Erfahrungen machen müssen. Die Jahresversammlung der schottischen Arbeiterpartei hat scharfe und entschlossene Kritik an den Beschlüssen der Konferenz geübt. In Frankreich aber zieht die von Longuet geführte Mehrheit der französischen Sozialdemokratie die Schlüsse aus dem Ergebnis dieser Konferenz, die im Interesse des internationalen Sozialismus unbedingt geboten sind. Der Populaire, das Organ der Richtung Longuet, stellt fest, daß nach dieser Konferenz sich die Leberzeugung geradezu aufdrängt, daß es in Zukunft für die Sozialisten nicht mehr möglich sein werde, an Konferenzen teilzunehmen, auf denen halbe oder viertel Sozialisten, oder gar Elemente, die den Sozialismus bekämpfen, das große Wort führten. Das ist ebenso richtig, wie die andere Feststellung, die der Populaire neulich gemacht hat, daß eine internationale Verständigung von imperialistischen Sozialisten nicht möglich ist. Wenn die Internationale wieder zusammentreten soll, wenn sie zu einem brauchbaren Instrument für den politischen Kampf der Arbeiterklasse werden soll, dann muß sie aufgebaut werden auf die alten Grundzüge des internationalen Sozialismus, und alle die Elemente, die mehr oder minder ihren Platz mit den bürgerlichen

Barren geschlossen  
müssen ihr ferngehalten werden. Ministerielle  
dürfen in der neuen Internationale so  
etwas zu suchen haben, wie Leute vom Schlage  
Erkenntnis, daß im Interesse des Wiederauf-  
der Internationale, im Interesse des Kampfes  
Frieden und Sozialismus eine entscheidende  
von diesen sozial-imperialistischen Elementen  
ist durch die Beschlüsse der internationalen Kon-  
ferenz in den sozialistischen Parteien Frank-  
und auch Englands mächtig gefördert worden.  
ist schließlich das beste Ergebnis, das die alliierte  
Konferenz überhaupt erzielen konnte.

### Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen.

Der Deutsche Wohnungsausschuß hat vor kurzem bei  
Reihe von Organisationen, die ihm als Mittelglied  
helfen sind, eine Umfrage veranstaltet über Um-  
stand der neueren Mietsteigerungen und über  
Wirksamkeit der bestehenden Mieterschutzbestimmungen.  
Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkens-  
wert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 be-  
deutenden Organisationen und einer großen Anzahl von  
Gruppen der befragten Organisationen ergibt sich,  
daß in allen Gegenden des Deutschen Reiches —  
sowohl in der Rheinprovinz, in Westfalen, Han-  
nover, Schlesien und Groß-Berlin — wieder-  
holte Mietsteigerungen vorgenommen worden  
sind, und daß weitere Mietpreiserhöhungen bevor-  
stehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise  
beginnen sich nach dem Krieg zwischen 10 und  
20 Prozent und betragen durchschnittlich etwa 20—25  
Prozent der Mieten vor dem Krieg; die Mietsteige-  
rungen seit Oktober 1917 vorgonommen wurden,  
betragen sich zwischen 5 und 25 Prozent der bisherigen  
Mieten und betragen durchschnittlich etwa 10—15 Pro-  
zent. In Einzelfällen sind Erhöhungen von 60—100  
Prozent zu verzeichnen. Die allgemeinen Erhöhungen  
sind meist angelegt durch Hausbesitzervereine. Aus  
den Antworten wird berichtet, daß diejenigen Hausbesitzer, die  
neue Häuser besitzen, an erster Stelle vorgezogen  
werden. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurz-  
zeitig abgeschlossen oder aber es wurden, wie aus  
den Antworten hervorgeht, bei langfristigen Verträgen  
die hinaus starke Erhöhungen von Mietsteige-  
rungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgegeben. Die  
Erhöhungen wurden bei Neuvermietungen  
In zahlreichen Orten haben aber die Neuver-  
mietungen stattfinden müssen, weil ganze Straßenzüge  
Wohnhäuser zu hohen Preisen von Industriellen  
aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge,  
aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königs-  
berg und Senftenberg berichtet werden, ha-  
ben eine große Wohnungssteigerung hervor-  
gerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mitt-  
lere anderen Orten größere Wohnungen von der  
Steuerung besonders ergriffen, weitens in der Mehr-  
zahl der genannten Bezirke sind aber die Mieten aller  
Arten erhöht worden. Auch mißbräuchliche Zimmer-  
vermietungen in manchen Städten von der Steigerung stark  
ergriffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in  
Eile. Nach zahlreichen Angaben sind die  
Erhöhungen der Wohnungsmieten meist trotz, wenn sie im  
Interesse des Wohnungswesels meist trotz, wenn sie im  
Interesse der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen  
die verlangte Mietsteigerung, ja sie bieten öfters  
sogar höhere Mieten an, um sich vor Kündigung  
zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können.  
Mietminderungsamt ist in sehr vielen Orten unde-  
rhalb führt ein Schattenkastlein. Vielfach sind auch  
Kriegsfrauen) geschäftlich zu  
hand, um die richtigen Abwehrmittel anzuwen-  
den. Aus einzelnen Städten wird berichtet, daß sich  
Mietminderungsamt bewährt habe. Es wird auch  
über Überlastung der Vermieter gesprochen. In  
den meisten Antworten werden aber die bestehenden  
Vorrichtungen als unzureichend bezeichnet,  
die Verschärfung der Mieterschutzbestimmungen,  
die Verbindungen der steuerverweigernden General-  
mandats werden lebhaft begrüßt. — Das wesentliche  
Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast  
allen Gegenden Deutschlands auch noch im nächsten  
Jahre Mietsteigerungen allgemeineren  
Charakteres zu erwarten sind.

### Soziales.

Die Ansprüche der gewerkschaftlichen Anführer.  
Die Unfallrentensache eines Tischlerlehrlings,  
die im allgemeinen Interesse in Anspruch nimmt, berichtet

die „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie wurde vor dem Ober-  
verwaltungsamt Breslau verhandelt. Am 11. August  
1915 erlitt der damals 15 Jahre alte P. beim Bohlen-  
stapeln einen Schlag gegen das rechte Knie. Anfäng-  
liche Schmerzen wurden nicht beachtet, doch entwickelte  
sich langsam ein Weiden, das vom Knie nach unten recht-  
zeitig erkannt wurde. Eine folgende Geschwulst am  
Kniegelenk wurde im Jahre 1915, 1916 und zuletzt im  
Juni 1917 als Furunkel behandelt. Vorübergehend trat  
Helling ein, aber bald brach die Geschwulst wieder auf  
und erzeugte Arbeitsunfähigkeit. Der Vater des Ver-  
unglückten wandte sich nun an einen andern Arzt, der  
einen 7 Zentimeter tiefen Fistelegang mit beginnender  
Knochenentzündung feststellte. Nach einem Krankheitslager  
von vier Monaten wurde das Weiden durch täglich  
stündelange währende Vollbäder glatt und ohne Ope-  
ration geheilt. P. ist jetzt Soldat.  
Auf dem Krankheitslager erzählte der Sohn dem Vater  
so nebenbei, daß er vor Jahren von einer Bo-  
geschlagen worden sei, und daß er seit dieser Zeit Schmer-  
zen verspürte. Nachdem die Zeugen des Vorfalls er-  
mittelt waren, erhob der Vater am 21. August 1917 bei  
der Holzberggenossenschaft Entschädigungsansprüche.  
Diese wurden abgelehnt, weil die zweiwöchige Anmeh-  
dise nicht gewährt sei. Der Vertreter machte aber vor-  
gebracht geltend, daß nach § 1547 der RVO die Frist  
gewahrt ist und von dem Tage an rechnet, von dem der  
geschädigte Vertreter Kenntnis von dem Unfall erhielt.  
Das geschah hier erst Juni 1917, also kam die Verjäh-  
rung nicht in Betracht. Das Oberverwaltungs-  
amt folgte diesen Ausführungen. Die Berufs-  
genossenschaft wurde verurteilt, für die Zeit vom 11.  
Juni 1917 bis 23. August 1917 die Vollrente zu gewäh-  
ren und bis Ende November 1917 eine Teilrente von  
10 Prozent. Der Vorfall lehrt, daß die Arbeiter gegen  
noch so unbedeutenden Unfall bei der Berufsgenossen-  
schaft rechtzeitig anmelden und die Zeugen des Vorfalls  
nennen sollen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbände-  
vorstände  
 fand am 10. und 11. September in Berlin statt. Sie  
behandelte sich mit dem Bericht der Generalkommission,  
mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland  
und verschiedenen Gewerkschaftsfragen. In dem ge-  
druckten Vorbericht der Generalkommission wird  
die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, dann  
die Verhandlungen über den Arbeitstammergegen-  
stand registriert. Bezüglich der Einrichtungen des all-  
gemeinen Gewerkschafts zur Vermeidung von Streitigkeiten heißt es  
darin, daß es allmählich besser zu funktionieren schei-  
nen, was wohl lediglich auf eine optische Täuschung des  
Leiters des Berichtes zurückzuführen ist. Wenn we-  
niger Beschwerden vorliegen, dann scheidet nur deshalb,  
weil es viele Arbeiter fast bekommen haben, die Ein-  
richtungen bei vorstehenden Streitigkeiten in Anspruch  
zu nehmen, und sich mit der Laissez-faire abfinden, daß sie  
durch das Hilfsdienstgesetz nun einmal in ihrer wirt-  
schaftlichen Freiheit getrieben sind. Weniger befrie-  
digen spricht sich der Bericht über die Tätigkeit des  
Verbands- und Versammlungswesens durch die Generalkommission  
aus, denen noch immer das Verständnis für gewerkschaftliche  
Bedürfnisse mangelt.  
Im Anschluß an den Bericht gab die Kommission eine  
(inzwischen in der Tagespresse veröffentlichte) Erklä-  
rung gegen die Kriegsgeheimnisse des amerikanischen Ge-  
werkschaftsführers Compers ab. Wir wissen nicht,  
ob einer der Zuhörer gegen den Rat gegeben hat, zu-  
nächst einmal vor der eigenen Tür zu kehren; die  
Konferenz stimmte mit allen gegen eine Stimme der  
Veröffentlichung der Erklärung zu.  
Dann beschäftigte sich die Konferenz mit dem gegen-  
wärtigen Stand der Volksernährung. Ein Antrag der  
Gewerkschaften von Nürnberg-Fürth verlangt als Maß-  
nahmen gegen die ungenügende Ernährung die Zurück-  
ziehung der Gewerkschaftsbeiträge aus den Verantwor-  
tungsgewerkschaften der Kriegsernährung sowie evtl. weitere  
Protestaktionen. Dies Verlangen wurde als arbeit-  
schädigend zurückgewiesen. Fast ebenso einmütig ver-  
warf man den Gedanken, durch Streiks eine Verbesse-  
rung der Lage herbeizuführen. Dafür wurde beschlossen,  
eine Delegation an den Reichstanzler zu senden, um  
diesen über die verzweifelte Lage der Arbeiterklasse und  
ihre wachsende Erbitterung, besonders über die Preis-  
treiberien und den Hunger, zu unterrichten. Das ist  
ja inzwischen geschehen und der Mißerfolg dieser Aktion  
ist inzwischen in der entlegensten Arbeiterhäute offen-  
bar geworden.

Nachdem die Konferenz den Angehörigen der Gene-  
ralkommission eine Leuzerungszulage gewährt hatte,  
kam es zu einer lebhaften Aussprache über den Volks-  
bund für Freiheit und Vaterland. Ein Antrag unse-

Verbandsvorsitzenden Simon, der den Austritt der  
Generalkommission aus diesem Bunde verlangte, wurde  
mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.  
Schließlich fanden noch einige untergeordnete Fra-  
gen ihre Erledigung. Die Konferenz hat wieder einmal  
bewiesen, daß die Gewerkschaftsinstanzen immer noch  
den Weg zu gehen bereit sind, auf dem ihnen die kamp-  
ferprobten und kassenbewußten Mitglieder der freien  
Gewerkschaften nicht folgen können.

### Neue Leuzerungszulagen.

Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen zwingt  
noch gerade Zustände, die der Arbeiterklasse in erster  
Linie läuter unerschwinglich werden. Die ungeheure  
Wertentwertung, schamloser Wucher, Scheidhandel und  
anderes bedingen es, daß auch relativ gutbezahlte Ar-  
beiter, die bekanntlich nur einen Bruchteil der Gesamt-  
arbeiterklasse bilden, kaum noch das Notwendigste  
zum Leben schaffen können. Die sich immer mehr stei-  
gernde Leuzerung hebt alle Lohnbesserungen, Leuzerungs-  
zulagen usw. restlos auf, und das Ende sind neue An-  
forderungen der Gewerkschaften um bessere Entlohnung  
ihrer Mitglieder. Uns liegen darüber folgende Maß-  
nahmen aus jangster Zeit vor:

Im Holzgewerbe hatten Verhandlungen zwi-  
schen den beiderseitigen Organisationen das Ergebnis,  
daß den Arbeitern über 18 Jahre eine neue Zulage von  
10 bis 15 Pfg. ab 19. August und weitere 10 Pfg. ab  
1. Dezember zu zahlen sind, während die Arbeiterinnen  
und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren 10 bis 12  
Pfennige Zulage an beiden Terminen erhalten sollen.  
Diese Zugeständnisse entsprechen nicht den Wünschen  
der Holzarbeiter. Eine Aussprache auf der Vertreter-  
konferenz, welcher die Entscheidung über Annahme oder  
Ablehnung der Abmachungen überlassen worden war,  
und die am 2. September in Berlin stattfand, zeitigte  
den schärfsten Unwillen über das geringe Entgegen-  
kommen der Prinzipale. Die Vereinbarung wurde je-  
doch schließlich mit 61 gegen 30 Stimmen sanktioniert.  
Vom Verbandsvorstande wurde ebenfalls verlangt, er solle  
mit den Arbeitgebern wegen der Abänderung bestimm-  
ter Punkte nochmals in Verhandlung treten.

Die Leuzerungszulage im Baugewerbe, zu der  
sich die Vertreter des Arbeitgeberbundes schließlich be-  
reit erklärten, ist nach Ortsgrößenklassen abgestuft  
und wird in zwei Raten am 1. Oktober und 1. Januar 1919  
ausbezahlt. Dieser Einteilung zufolge wird der Stun-  
denlohn für Orte bis zu 10 000 Einwohner um 15 Pfg.,  
für Orte bis zu 50 000 Einwohner um 20 Pfg., für noch  
größere Orte um 25 Pfg. und schließlich für Hamburg  
um 29 Pfg. erhöht. Die größere Hälfte der Zulagen  
kommt zum 1. Oktober zur Auszahlung. Eine Konfe-  
renz der Zentralinstanzen und Gauleiter erklärte sich  
mit diesem Zugeständnis einverstanden, da sich keine  
Möglichkeit bietet, es durch irgendwelche gewerkschaft-  
liche Maßnahmen zu verbessern.

Auch im Malergewerbe gibt es neue Leuzerungszulagen.  
Der Vorstand des Malerverbandes hat  
sich an die Vorstände der Arbeitgeberverbände mit einer  
Eingabe gewandt, in welcher um Eintritt in Verhand-  
lungen über eine neue Leuzerungszulage ersucht wird.  
Die letzten Vereinbarungen datieren vom Februar d.  
J., wobei die Beträge bis 15. Februar 1919 verlängert  
und Leuzerungszulagen von 10 und 15 Pfg. (in Städten  
mit über 100 000 Einwohnern) zugestanden wurden.  
Hierzu kam ab 1. Juni d. J. eine weitere Zulage in  
allen Orten von 5 Pfg.

### Die Geben und die Arbeitszeitverkürzung.

Auf den preussisch-hessischen Eisenbahnen wird  
während der Kriegszeit auch Sonntags zum Teil ge-  
arbeitet. Die Bemühungen des Deutschen Eisenbahner-  
verbandes um Verbesserung der Lage der Eisenbahner  
waren insofern von Erfolg begleitet, als der Eisenbahn-  
minister neben der Bewilligung einer außerordentlichen  
Leuzerungszulage die Verkürzung der Sonntagsarbeit  
um eine Stunde verfügte. Nunmehr beträgt die Ar-  
beitszeit an jedem zweiten Sonntage fünf Stunden,  
während der Lohn für neun Stunden bezahlt wird.  
Interessant ist die Stellungnahme der sogenannten  
Wirtschaftsfriedlichen zur Arbeitszeitverkürzung. Diese  
hielten in Hagen i. W. einen Verbandsrat ab, auf wel-  
chem folgende Resolution zur Annahme gelangte: „Der  
Provinzialverband ist grundsätzlich Anhänger der Ver-  
kürzung der Arbeitszeit, damit dem Arbeiter mehr Zeit  
für seine geistige Weiterbildung und die Befähigung  
in Haus und Garten bleibt. Weil aber zurzeit unsere  
Volkswirtschaft die Waffen zur Landesverteidigung an-  
fertigt sowie die sonstigen industriellen Bedürfnisse zum  
großen Teil nur unter Zuhilfenahme der Alten und  
Gebrechlichen, Jugendlichen, Frauen und Kinder befrie-  
digen kann, vermag der Verband sich der Forderung  
nach einer sofortigen und zwangswise Arbeitszeit-  
verkürzung nicht anzuschließen, wobei er sich von der  
Rücknahme auf die Volksgesundheit der deutschen  
Arbeiterklasse leiten läßt.“

